

Der Zentral-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magazinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Königsplatz 1008, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphenadresse: Textilpraxis Berlin

Bereinzelt seid Ihr nichts — Vereint alles!

Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Rehm, Berlin D 27
Rogazinstraße 6/7 II (Postfachkonto 5388), zu richten — Beleg-
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 RM.
Anzeigenpreis 4 Mark für die dreizehnbaltige Seite.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Zur Reichspräsidentenwahl.

Eine weisse „Vorsehung“ bescherte uns im früheren Staat die Staatsmänner und Staatslenker, die eigentümlicherweise der Storch immer in die richtige Wiege legte. Sobald ein zukünftiger Staatsmann geboren war, und noch ehe er seine erste Tat hinterücks in die Windeln vollbracht hatte, lagen schon alle, die mit dem richtigen Untertanenverstand ausgerüstet waren, vor ihm auf dem Bauch. Eine Meute Zeitungsschreiber hatten wieder Stoff, um bis zum Erbrechen die „hohen Fähigkeiten“, die der Neugeborene entwickelte, zu rühmen. Es war doch für diese Art Untertanen zu schön, wenn sie darüber schreiben konnten, wie sich der neugeborene Prinz gegenüber dem Luftschbeutel benahm, und wie er so geschickt gleich das erste Mal mit den Brüsten der Amme umzugehen verstand. Auf diese Weise verfuhrte man die „steile Höhe“, auf der Fürsten standen, mit einem gewissen Glorionschein zu umgeben. Der letzte Inhaber der Monarchie Deutschlands war nicht wenig stolz auf sein „Gottesgnadentum“. Er betrachtete sich tatsächlich als ein Stück „Vorsehung“. Dieses Gottesgnadentum bekam aber einen bedenklichen Stoß, als Wilhelm der Letzte nach Holland verduftete und Bolt und Land in der höchsten Not im Stich ließ. Der „Vorsehung“ war ein ungeheures Versehen passiert, sie war ausgehakt. Das hatte zur Folge, daß die Monarchie zerfiel und an deren Stelle die Republik trat, zum Leidwesen aller jener, die sich in dem einstigen Glanz des Gottesgnadentums sonnten, und aller derjenigen, die ihren Verstand nicht über den Untertanenverstand hinaus entwickeln konnten. Dies waren nicht wenige. Vor allen Dingen sind jene zu nennen, die vor ihrem Namen ein „v.“ schrieben; sie waren ja die ersten Anwärter darauf, aus der Staatskrippe ihr Futter zu beziehen, welches immer so vorzüglich gewesen sein soll. Es kamen noch alle die, die besonders in dem alten Herrschaftsstaate geküßt und gestützt wurden, die Herren Schlot- und Krautbarone, in Betracht. Dann noch jene Kriecher, bei welchen der Untertanenverstand so stark ausgeprägt war, daß sie keiner anderen Meinung huldigten als der vorgeschriebenen, und bei denen die geistigen Fähigkeiten stark verkümmert, dafür aber der Spürsinn, die Anpassungsfähigkeit an die Meinung, die oben gewünscht wurde, stark entwickelt war. Alle geistig Unfreien und die auf Kosten der breiten Massen zu leben verstanden, waren Stützen des Gottesgnadentums. Mit der Schöpfung der Republik wurde dieses anders. Nicht durch eine „weisse Vorsehung“ wurden die Staatsmänner berufen, sondern sie wurden durch das Volk bestimmt. Dies hatte zur Folge, daß sogar ein Sattlergeselle Reichspräsident wurde. Ein panischer Schrecken erfüllte alle jene, die sich nur als Untertanen fühlten und durchaus eines „herren“ bedurften. Das war der Umsturz in der schlimmsten Form. Seit jener Zeit pendeln die Monarchisten geistig hilflos in der Geschichte herum. Imal prophezeiten sie, daß ein Sattlergeselle niemals die Fähigkeiten besitzt, die das Oberhaupt eines großen Landes bedürfe. Und was zeigte sich? Der letzte Inhaber der Monarchie hatte Deutschland um alles Ansehen in der Welt gebracht, er hatte Deutschland an den Rand des Ruins gebracht. Der Sattlergeselle Ebert verstand durch seine kluge Tätigkeit als Reichspräsident das Ansehen Deutschlands in der Welt wiederherzustellen und es aus den schlimmsten wirtschaftlichen Verhältnissen wieder aufzurichten. Ebert war ein Staatsmann von großem Format.

Die Monarchisten fordern die Wiederaufrichtung der Monarchie, damit sich wieder jene, denen es an Charakter und selbständiger Geistesbildung fehlt, an die Futterkrippe setzen können.

Die Hilflosigkeit jener, die nicht genug die Republik und den früheren Reichspräsidenten Ebert verlästern konnten, zeigte sich bei der Aufstellung der Kandidaten zum Reichspräsidenten. Die, die sich bisher rühmten, schon von Geburt staatsmännische Veranlagung zu besitzen, hatten keinen Mann von dem Ausmaß jenes Formats, das der zukünftige Reichspräsident haben muß. Der Loebell-Ausschuß begnügte sich letzten Endes mit Herrn Jarres. Es ist geradezu ergötzlich, daß die Rechtspreste, die jetzt die Fähigkeiten und die hohen Eigenschaften des Herrn Jarres besonders zu loben versteht, ihn vorher als durchaus ungeeignet als Reichspräsidentenkandidaten bekämpft hat. Es steht noch fest, daß Herr Jarres durchaus ungeeignet ist als Reichspräsident, daß man aber zu ihm greifen mußte, weil man nichts Besseres hatte.

Dieses kennzeichnet so richtig die Situation. Sie zeigt der Arbeiterschaft die Stellung, die sie zur gegenwärtigen Reichspräsidentenwahl zu nehmen hat. Ebert, der Sozialdemokrat, hat sein Amt musterfüllig verwaltet, obwohl er echt proletarischer Herkunft war und keine besonderen Vorbildungen auf der Hochschule für sein zukünftiges Präsidentenamt absolvieren konnte. Er brachte den Beweis dafür, daß auch aus der harten Schule des Lebens Männer hervorgehen, die das Zeug zu staatsmännischem Können und Leistungen in sich tragen. Den Reaktionen aller Schattierungen war dies juchend unangenehm. Man hätte den Sattler doch so gern gestürzt und den Nachweis geliefert, daß nur diejenigen, die aus „weisser Vorsehung“ zu diesem hohen Beruf bestimmt sind, in der Lage sind, dieses hohe Amt zu verwalten. Da man ihm nicht auf geradem Wege beikommen konnte, so suchte man dieses durch Verleumdungen zu erreichen. Die Reaktionen aller Richtungen, sowohl die im Lalar als die in der Robe, unterstützten diesen gemeinen Kampf. Jedoch nur mit dem Erfolg, daß dabei eine ganze Reihe reaktionärer Strolche bloßgestellt wurden. Offensichtlich steht jetzt fest, daß Staatsmänner von größerem Ausmaße nur in den republikanischen Parteien zu finden sind. Die Sozialdemokratie vor allem bringt wohl den günstigsten und besten Vorschlag, indem sie Otto Braun zum Kandidaten für die Reichspräsidentenschaft nominiert hat. Braun hat als preussischer Ministerpräsident außergewöhnliche staatsmännische Fähigkeiten entwickelt, die nicht nur von unserer Partei, sondern auch von den bürgerlichen Parteien anerkannt werden müssen. Vor wenigen Tagen brachte die demokratische Frankfurter Zeitung über Otto Braun einen Aufsatz, dem wir noch folgendes über die Anerkennung der Tätigkeit Otto Brauns entnehmen wollen:

Jetzt, da Otto Braun von seinem Amt als preussischer Ministerpräsident zurückgetreten ist und eine sechs Jahre hindurch geübte verantwortungsschwere Staatstätigkeit mit dem Wirken des Parlamentarismus verknüpft ist, ist es angebracht, einiges über diesen Mann zu sagen, der nicht nur zu den wenigen wirklich bedeutenden Köpfen der deutschen Sozialdemokratie zählt, sondern auch weit über den Rahmen des Parteimäßigens hinaus als Politiker und Staatsmann von Rang an dem Wiederaufbau Deutschlands gearbeitet hat.

Man hört es vielfach in den politischen Kreisen der verschiedensten Parteien sagen: „Hätte die Sozialdemokratie im Reich zwei Männer wie Braun und Severing zur Verfügung gehabt, so wären die Dinge doch vielfach anders gelaufen und die Sozialdemokraten wären nicht wie heute, trotz ihrer ziffermäßigen Stärke, in die zweite Linie gedrückt worden.“ Es läßt sich nicht leugnen: Weder der fleißige Robert Schmidt noch der feinsinnige und weiche Rabbruch oder der idealistische und durch und durch vornehme Rheinländer Sollmann und andere mehr waren imstande, eine der Zusammenarbeit von Braun und Severing

irgendwie gleichartige Leistung den Ministern der anderen Parteien gegenüberzustellen. Gewiß, auch Braun hat erst noch Entwicklungen durchgemacht; er war als Volksbeauftragter 1918 und auch vielleicht eine Zeitlang als Landwirtschaftsminister noch allzu stark mit den Eigenschaften des Parteipolitikers behaftet, hatte noch nicht den weiten Blick und die oft nötige kühle Objektivität des voraussehenden Staatsmannes. Aber überraschend schnell hat er sich den Anforderungen angepaßt, die ein mit ständig wachsenden Schwierigkeiten verbundenes Amt an ihn stellte. War er im Kabinett Hirth, in dem er als Landwirtschaftsminister arbeitete, oft noch der temperamentvolle Streiter, der Zwischenfälle veranlaßte, und — oft auch in sich selbst isolierender Aufsehung gegen Fraktionsgenossen im Kabinett — unbeherrscht seiner Bestimmung die Zügel schloß, so hat er 1921 bis 1924 als Leiter des Kabinetts der Großen Koalition ein staatsmännisches Geschick und eine Fähigkeit bewiesen, den Ausgleich unter den oft genug weit auseinander stehenden Forderungen der Koalitionsparteien zu bewirken, wie sie besser kein gewiepter Diplomat auch der ausgezeichneten alten Schule hätte bewirken können. Man kann es ruhig sagen, daß es unter den Politikern von Rang, die heute an sichtbarer Stelle stehen, nur äußerst wenige geben wird, die gleich ihm diese dreieinhalb Jahre der Koalitionspolitik dreier republikanischer Parteien — die untereinander wieder in kulturpolitischen, wirtschaftlichen und rein politischen Fragen schon so vieles trennte — mit der stets schwankenden, bedenklich nach rechts blühenden, höchstens verunftrepublikanischen Deutschen Volkspartei ermöglicht und durchgehalten hätten. Und wenn gerade von führender volksparteilicher Seite noch in den Hauptauschüßverhandlungen des Herbstes 1924 ausdrücklich erklärt wurde, daß, wenn in den Novembertagen 1923 das Reichsgebäude nicht in einer gewaltigen Explosion in die Luft geflogen sei, das vor allem der Stetigkeit und Zielbewußtheit der preussischen Politik zu verdanken gewesen sei, so liest darin für Braun, der keine hohe Schule der Diplomatie absolviert, keine theoretischen staatsrechtlichen Studien hatte treiben können, die nachdrücklichste Würdigung des Wertes der letzten und ereignisreichsten Jahre seines Lebens, die Anerkennung aber auch seiner nicht gewöhnlichen Klugheit und zähen Energie.

Die deutsche Arbeiterschaft und vor allem die Textilarbeiter-schaft muß es sich zur Pflicht machen, gegenüber dem reaktionären Ansturm des Bürgertums, einen verkappten Monarchisten als Reichspräsidenten durchzudrücken, alle Stimmen auf Otto Braun zu vereinigen. Wir Textilarbeiter haben die Pflicht, den letzten Kollegen und die letzte Kollegin an die Wahlurne zu bringen, damit sie am 29. März ihre Stimme für den sozialdemokratischen Kandidaten abgeben. Sie dürfen niemals annehmen, daß doch eine Stichwahl notwendig wird, sondern sie haben die Pflicht, in der Hauptwahl dafür zu sorgen, daß der Sieg der Sozialdemokratie zufällt. Nur wenn alle ihre Pflicht tun im Interesse der Republik, wird es möglich sein, die Republik zu schützen, einer freiheitlichen Entwicklung die Wege zu ebnen und größeres Unheil vom Volke abzuwenden.

Der Rechtskurs, der unter dem rechtsreaktionären Ministerium Dr. Luther-Stresemann angenommen worden ist, zeigt ja wohin die Reise gehen soll. Denkt nur an den Ruhrskandal, in dem 700 Millionen Rentenmark den Ruhrindustriellen in den Rücken geworfen worden sind! Denkt daran, daß man ein ungerechteres Steuersystem zur Einführung bringen will! Denkt daran, daß die Industrie und Landwirtschaft drauf und dran ist, der Arbeiterschaft immer neue Lasten aufzubürden, daneben aber jede soziale Fürsorge abzubauen bestrebt sind. Ihr

Gewerkschaften und Politik.

Von Ernst Kielisch.

I. Allgemeines.

Ursprünglicher Antrieb der gewerkschaftlichen Bewegung ist das Gefühl beruflicher Zusammengehörigkeit, das Bedürfnis gemeinsamer Berufsinteressenwahrung gewesen. Zu den ersten bescheidenen örtlichen Verbänden, Fachvereinen, Arbeitervereinen schloßen sich gelernter Arbeiter, Zimmerer, Steinsetzer, Schmiede, zusammen, die von Berufsstolz erfüllt sind, derart etwa, wie ihn ehemals zünftige Handwerksmeister und Gesellen zur Schau getragen hatten. Wo dieses Berufsgefühl vorhanden ist, gibt es dem Menschen ein Bewußtsein auszeichnender Bedeutung; er weiß sich im Besitze einer Besonderheit, eines nicht allgemein verbreiteten Könnens; er hat etwas zu eigen, daß ihn aus der großen unterschiedslosen Masse heraushebt; er kann nicht durch jeden beliebigen anderen Menschen auf dem Platz, auf dem er wirkt, ersetzt werden; er empfindet seinen Persönlichkeitswert. Zünfte und Gesellenbrüderschaften waren sich einst darin einig gewesen, die allgemeinen Grundlagen des Berufs, des Handwerks zu schützen, den Zugang zum Handwerk erschweren, die Ueberhebung des Handwerks verhindern, errungene Vorrechte behaupten zu müssen. Die ersten gewerkschaftlichen Berufsverbände fielen noch voll zünftiger Erinnerungen und Bestrebungen.

Freilich verflücht der um sich greifende kapitalistisch-liberalistische Geist des 19. Jahrhunderts allmählich die letzten zünftigen Ueberreste, soweit sie sich noch in die auftauchenden beruflichen Arbeitervereinigungen gerettet haben. Ungelernte und angeleitete Arbeiter treten in freie Konkurrenz mit den Gelehrten; die Fachausbildung wird jedem, der sich darum bemüht, freigegeben. Die Arbeit an der Maschine löst ihre entseelenden und verabschwendenden Wirkungen; das Arbeitsergebnis verliert den Charakter einer Leistung, die mit Hingabe hervorgebracht worden war, in der die besonderen Persönlichkeitskräfte ihren Ausdruck gefunden hatten, es tritt als ein Produkt des Zusammenwirkens von Maschine und menschlich, persönlich teilnahmlos geleiteten Handgriffen ins Dasein. In dem Maße, in dem sich diese Entwicklung vollzieht, verdünnt sich das Berufsgefühl der älteren Menschen; die Arbeit wird mehr und mehr zur Last, zu der man durch die Notwendigkeit des Lebens ge-

trieben wird, und hört auf, Lebenswert zu sein, zu der man „berufen“ ist. Nur die Facharbeiter bewahren sich noch ein gewisses persönliches Verhältnis zu ihrem täglichen Tun.

Damit steht im Zusammenhang, daß der Berufsgedanke als gewerkschaftliches Organisationsprinzip an Boden verliert. Das Prinzip des Industrieverbandes kommt auf und rinnt um Geltung. Die Gesellenbrüderschaften hatten geselligen, gemüthlichen Bedürfnissen Rechnung getragen; sie hatten den ganzen Menschen mit seinem Sehnen, Hoffen, seiner Freude und Trauer umschlossen; das Menschliche, Persönliche lebte sich darin aus; diese Pflege des Menschlichen und Persönlichen lag im Zuge jener Zeit, in der auch noch das Verhältnis zur Arbeit, zum Meister eng persönliche Färbung trug.

Der Mensch der kapitalistischen Wirtschaft jedoch ist bloße Arbeitskraft, seine produzierende Tätigkeit automatische Arbeitsverrichtung. Er hat keine irgendwie durch Gelehrte, Berodnungen zünftlicher Art gesicherte Nahrung; der Preis seiner Arbeitskraft bestimmt sich auf dem Arbeitsmarkt nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage. Die wichtigste Angelegenheit der Gewerkschaft wird nurmehr die Beeinflussung des Arbeitsmarktes und der Lohnkampfe.

Allerdings hatten die ersten gewerkschaftlichen Vereinigungen, die mehr oder weniger innig an mittelalterliche, zünftige Organisationsformen angeknüpft hatten, sich den neuen Bedingungen der kapitalistischen Produktion noch nicht angepaßt. Sie konnten so, wie sie ins Leben getreten waren, den Erfordernissen der neuen Zeit nicht Genüge tun. Sie hatten erst noch jene Organisationsform zu suchen, unter der sich ihre höchsten Wirkungsmöglichkeiten zu entfalten vermöchten. Die vielen Wirrnisse, durch die noch in den 90er Jahren die junge Gewerkschaftsbewegung infolge des Streites um die zweimäßigste Organisationsform zerrissen war, waren doch nur ein Ausdruck des Lastens, des Suchens um die Gestalt, in der die Kräfte der Arbeiterschaft im Kampf um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen am erfolgreichsten zu mobilisieren und auszuwerten waren.

Trotz gelegentlicher radikal formulierter Zielsetzungen faßte sie ihre Aufgabe häufig noch in einem Sinne auf, der zünftig ennes Gepräge trug. So konnte es geschehen, daß die Ueberzeugung entstand, ihnen werde der Boden unter den Füßen weggezogen, je gewaltiger sich der Kapitalismus entwickle. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Köln 1893 drückte das Clara Zetkin aus, indem sie sagte: „Darüber darf man sich nicht täuschen, daß der Wirkungsbereich der Gewerkschaften immer und immer verkleinert wird.“ Ein anderes

Kedner, Betmana-Höchst, meinte: „Mit der Gewerkschaftsbewegung gehe es notwendig zurück in dem Maße, wie die Uebermacht des Kapitalismus wachse.“ Bebel erklärte: „Wir mögen gewerkschaftlich organisiert sein, wie wir wollen; wenn das Kapital einmal allgemein solche Macht erobert hat wie bei Krupp und Stumm, in der Dortmunder Union, in den Kohlen- und Eisenindustriebezirken Rheinlands und Westfalens, dann ist es mit der gewerkschaftlichen Bewegung aus.“ Es wurde dunkel gefühlt, daß innerhalb der kapitalistischen Ordnung sich auf Seiten des Unternehmertums eine ganz unerhörte Machtfülle angesammelt, und daß die Gewerkschaftsbewegung die neue Situation noch nicht in dem ganzen Ausmaße ihrer Tragweite, ihrer eingeborenen Bedingungen, ihrer Probleme durchschaut habe. Von der inneren Wurzel der alten Gesellenbrüderschaften, dem Berufsgefühl her, das jetzt verflücht war und dessen sachliche Voraussetzungen sich größtenteils verflüchtigt hatten, war der neue Aufgabenkreis gewerkschaftlicher Betätigung nicht zu erben, waren auch nicht starke Zusammenhaltkräfte für die Verbände in Bewegung zu setzen. Das moderne Lohnverhältnis mit seinen Eigentümlichkeiten trieb zu Organisationsformen, Betätigungsweisen und Zielsetzungen, die im Vergleich zu dem Aufgabenkreis der zünftigen Brüderschaften qualitativ durchaus anderer Natur waren. Die Arbeiterschaft mußte sich bewußt aufsteigern, zu einem Machtfaktor, der dem Unternehmertum gewachsen war, und dem aus eigenem Schwergewicht heraus mindestens Gleichberechtigung, Gleichwertigkeit ausloste. Macht zu sein und Fingerspitzengefühl für die wirksamsten Machtmittel und Kampfmethoden, deren man bedürfte, um die Macht zu werden, zu bekommen: das war das dringlichste Gebot für die Gewerkschaftsbewegung; beides erforderte Zeit.

Die besondere Natur der deutschen Verhältnisse hatte es mit sich gebracht, daß sich die politische Arbeiterbewegung eines bedeutenden Vorsprungs gegenüber der gewerkschaftlichen Bewegung erfreute. Die kapitalistische Entwicklung, von dem fortgeschritteneren England her angeregt, griff rasch und plötzlich um sich; sie wollte nachholen, was im Ausland schon vorher gewonnen war. Die Arbeiterfrage spitzte sich dementsprechend in Deutschland, vor allem in Preußen und Sachsen unvermittelt zu.

Nun hatten 1848 die Revolutionenorgänge die politischen Interessen der Bevölkerung belebt; der preussische Verfassungskonflikt hielt in den 60er Jahren die öffentliche Meinung in Atem. Die bürger-

Frauen-, Jugend- und Betriebsrateteil

Reichspräsidentenwahl und Textilarbeiterinnen.

Am 29. März hat das deutsche Volk einen Reichspräsidenten zu wählen. Der erste Präsident der deutschen Republik, Friedrich Ebert, hat am 28. Februar seine Augen für immer geschlossen.

Der Wahlausgang wird also entscheidend dafür sein, ob die Gegner der Republik Aussicht haben sollen, ihre Machtansprüche zu vertheidigen oder ob für Deutschland die Republik auch in Zukunft die Staatsform bleiben soll.

Die Sozialdemokratische Partei hat in der Person des ehemaligen preussischen Ministerpräsidenten

einem Mann als Präsidentschaftskandidat aufgestellt, der würdig ist, das Erbe Eberts anzutreten. Otto Braun ist ebenfalls ein Kind der Arbeiterklasse.

Für die Textilarbeiterinnen ist es eine sittliche Pflicht zu wählen.

Die Sozialdemokratie hatte keine Ursache, nach einem Manne umzublichen. Sie stellte den Mann auf, von dem sie überzeugt war, daß er derjenige ist, der den Interessen des arbeitenden Volkes am besten dient.

die Verantwortung für den Wahlausgang bei den Frauen.

Sie stellen die größte Zahl der Wahlberechtigten. Den Arbeiterinnen ist durch die Taten der bürgerlichen Parteien in der Regierung doch deutlich genug deren Arbeiterfeindschaft eingehämmert worden.

die Verantwortung für den Wahlausgang bei den Frauen.

Sie stellen die größte Zahl der Wahlberechtigten. Den Arbeiterinnen ist durch die Taten der bürgerlichen Parteien in der Regierung doch deutlich genug deren Arbeiterfeindschaft eingehämmert worden.

Alle Textilarbeiterinnen müssen sich vergegenwärtigen, welche außerordentliche Verantwortung der erste Präsident der Republik dem ganzen Volke gegenüber getragen hat, und sich bemüht sein, daß auch der Präsidentschaftskandidat Otto Braun sich dem arbeitenden Volke gegenüber immer verantwortlich gefühlt hat.

Wir wählen Otto Braun!!

Die neuen Freifahrtvorschriften.

Am 1. Januar 1925 ist die neue Freifahrtvorschrift (FreiD) in Kraft getreten. Die für die Lehrlinge und Jugendlichen wichtigen Paragraphen nebst Ausführungsbestimmungen (diese in kleinerer Schrift) lauten folgendermaßen:

§ 5. Lehrlinge.

- Freie Fahrt kann gewährt werden: zur Erledigung von Dienstgeschäften; zum Besuch des Pflichtfortbildungsunterrichts zwischen Wohn- oder Dienstort und dem Ort des Unterrichts; zwischen Wohn- und Dienstort; zu den regelmäßigen täglichen Fahrten, wenn das Wohnen außerhalb des Dienstorts aus dienstlichen Gründen veranlaßt ist.

Spart für den Jugendtag in Dresden!

des Lehrlings nicht abgehalten wird. Der Ort des Gottesdienstes wird von dem Amt bestimmt. Hin- und Rückfahrt müssen am gleichen Tage ausgeführt werden.

- a) zum zuständigen Kassen- oder Kassenschaffner, b) zum nächstreichbaren Arzt oder Facharzt, wenn Gefahr im Verzug ist, c) zur kassenärztlich verordneten Behandlung in der nächstgelegenen Krankenheilanstalt und zur Durchführung einer kassenärztlich verordneten Heilkur, d) nach dem nächstgelegenen Ort zur Beschaffung kassenärztlich verordneter Heil- und Hilfsmittel.

Die Fahrten sind auf mittlere Entfernung zu beschränken. Außerdem kann freie Fahrt zu jährlich 4 Turn- und Wanderausfahrten in EU- und Personenzügen auf Entfernungen bis zu 50 Kilometer gewährt werden.

- 1) Durch die Vorschrift, daß Freifahrt gewährt werden kann, soll die Entscheidung über die Gewährung oder Verweigerung der Freifahrt nicht in das freie Ermessen der zuständigen Stelle gelegt werden. 2) Als Wohnort gilt der Ort, an dem der Familienhaushalt geführt wird.

Jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren.

Freie Fahrt kann gewährt werden: zur Erledigung von Dienstgeschäften; zwischen Wohn- und Dienstort; zu den regelmäßigen täglichen Fahrten, wenn das Wohnen außerhalb des Dienstorts aus dienstlichen Gründen veranlaßt ist.

- a) zum zuständigen Kassen- oder Kassenschaffner, b) zum nächstreichbaren Arzt oder Facharzt, wenn Gefahr im Verzug ist, c) zur kassenärztlich verordneten Behandlung in der nächstgelegenen Krankenheilanstalt und zur Durchführung einer kassenärztlich verordneten Heilkur, d) nach dem nächstgelegenen Ort zur Beschaffung kassenärztlich verordneter Heil- und Hilfsmittel.

Als wichtige persönliche Anlässe sind insbesondere anzusehen Reisen zum Besuch schwer erkrankter naher Verwandter, zur Teilnahme an Vereinen und zum Besuch der Heimat, wenn Bedienstete nach entfernt gelegenen Bezirken verlegt worden sind.

des Freifahrtbewusstes nicht aufgeschoben werden konnte. Die Entscheidung hierüber treffen die im § 21 Ziffer 1 bezeichneten Stellen.

Den vollen Wortlaut finden die Leser in einer vom Verbands herausgegebenen Schrift, die zum Preise von 0,25 Mk. vom Hauptvorstand bezogen werden kann.

So sieht eine „oppositionelle Gothaer Vorschlagsliste“ aus

In Nr. 12 des „Textil-Arbeiter“ haben wir die von der kommunistischen Parteizentrale (K.P.D.-Zentrale) bezüglich der Vorbereitungen zu den Betriebsratswahlen erlassenen Anweisungen wiedergegeben, in denen die Belegschaften aufgefordert werden, bei der Aufstellung der Kandidatenlisten mit aller Entschiedenheit für die Befolgung der freigerwerbschaftlichen Vorschlagslisten mit Kommunisten einzutreten.

Vorschlagsliste der oppositionellen Arbeiterschaft

der Bremer Wollkammer in Blumenthal zum Abdruck.

Table with 5 columns: Laufbahnnummer, Familienname, Vorname, Beruf, Dauer der Organisationszugehörigkeit. Lists various workers and their details.

Diese Vorschlagsliste zeigt sinnfällig, daß es selbständige organisierte Textilarbeiter entschieden ablehnen, sich der kommunistischen Partei zum Zwecke der Verwirklichung ihrer sinnlosen Parolen zur Verfügung zu stellen.

Vorschlagsliste des Deutschen Textilarbeiterverbandes!

Nur so schafft ihr die Garantie für eine erfolgreiche Interessenvertretung in den Betrieben!

